

Projekt Neuenhof Baden

Das Wichtigste in Kürze

- Die Stimmberechtigten von Baden lehnten den Zusammenschluss mit der Gemeinde Neuenhof am 13. Juni 2010 mit 2443 Nein-Stimmen zu 2396 Ja-Stimmen ab. Die Stimmberechtigten von Neuenhof stimmten dem Zusammenschluss mit 1416 Ja- Stimmen zu 105 Nein-Stimmen zu.
- Für die Ablehnung des Zusammenschlusses in Baden gibt es nicht einen zentralen entscheidenden Grund. Vielmehr prägten mehrere unabhängige Faktoren im prädispositiven Bereich das Resultat. Eine hohe Zufriedenheit mit dem Ist-Zustand gepaart mit entsprechenden Verlustängsten (Steuern, Ausländeranteil, Schule) dürfte den Ausschlag gegeben haben
- Neuenhof und Baden setzen vorläufig auf den Alleingang. Bestehende Kooperationen werden weiter geführt.
- Die regionale Vision soll weiter verfolgt und für künftige Projekte ins Zentrum gestellt werden.
- Vor der Lancierung eines nächsten Zusammenschlussprojektes müssen sich die Rahmenbedingungen verändern. Es ist zu verfolgen, wie sich die Rahmenbedingungen durch das kantonale Projekt Gemeinde Reform Aargau (GeRAG) entwickeln.

Der Projektverlauf

Nach eingehender Analyse der eigenen Situation beschloss der Gemeinderat Neuenhof, einen Zusammenschluss mit einer oder mehreren Nachbargemeinden zu prüfen. Im November 2007 informierte der Gemeinderat seine Nachbargemeinden über die Absicht.

Die Stadt Baden prüfte die Anfrage von Neuenhof gründlich. Die Aussichten für eine neue Gemeinde «Neuenhof und Baden» wurden positiv beurteilt. An einer Medienorientierung am 27. März 2008 unterzeichneten die Vertreter der Gemeinden Neuenhof und Baden eine Absichtserklärung für einen Gemeindegemeinschaftszusammenschluss zwischen 2012 und 2014. Alle Gemeinden der Region wurden eingeladen, in diesem Zusammenschlussprojekt mitzuwirken. Bis zum spätesten Entscheidungszeitpunkt (Ende 2008) entschied sich keine weitere Gemeinde für einen Zusammenschluss. 16 Gemeinden entschlossen sich, eine gemeinsame Datenanalyse zu erstellen, die mögliche Strategien bezüglich Kooperationen oder Zusammenschlüssen aufzeigen soll. In einer Vernehmlassung haben sich danach von den 16 Gemeinden deren 9 positiv zur Idee einer Grossgemeinde geäussert.

Die Gemeindeversammlung von Neuenhof am 23. Juni 2008 und der Einwohnerrat Baden am 24. Juni 2008 genehmigten den erforderlichen Projektierungskredit grossmehrheitlich bzw. einstimmig. Die Arbeiten wurden danach sofort gestartet, um den sportlichen Fahrplan für den Zusammenschluss auf den 1. Januar 2012 einhalten zu können.

Das Ergebnis der ersten Projektphase (Machbarkeitsanalyse) wurde im Frühjahr 2009 im Zwischenbericht dargelegt und in drei Informations- und Diskussionsveranstaltungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Rückmeldungen zum Zwischenbericht flossen direkt in die Erarbeitung des Schlussberichts ein.

Der Schlussbericht lag im September 2009 vor. Es wurde eine Vernehmlassung bei der Bevölkerung von Neuenhof und Baden durchgeführt, die mit dem «Tag der offenen Bücher» abgeschlossen wurde. Alle im Projekt erarbeiteten Dokumente wurden am «Tag der offenen Bücher» der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Antworten zur Vernehmlassung waren sehr positiv ausgefallen. Es musste aber angenommen werden, dass kritische Stimmen sich eher nicht an der Vernehmlassung beteiligt hatten. Die anfangs 2010 öffentlich vorgestellten Vernehmlassungsergebnisse flossen ebenfalls in die Arbeiten am Projekt ein.

Am 30. März 2010 stimmten die Einwohnergemeindeversammlung Neuenhof und der Einwohnerrat Baden dem Zusammenschlussvertrag grossmehrheitlich zu. In der Folge wurde die Volksabstimmung über den Zusammenschlussvertrag vorbereitet.

Die Stimmberechtigten von Neuenhof stimmten dem Zusammenschluss in der alles entscheidenden Abstimmung vom 13. Juni 2010 mit überwältigendem Mehr von 94% zu. Die Badener Stimmberechtigten lehnten den Zusammenschluss mit 47 Stimmen Unterschied aber sehr knapp ab.

Das Projekt war damit gescheitert. Die einseitige Ablehnung des Projekts veranlasste die Projektorganisation zu einer Standortbestimmung. Insbesondere wurde das Abstimmungsverhalten in Baden einer externen Analyse durch das GFS-Institut in Bern unterzogen.

Baden, 21. September 2010, Projektleitung